

Ausland

Tages-Anzeiger vom 22.03.2006

Wasser: Vom Bedürfnis zum Recht**Am Weltwasserforum in Mexiko haben die Wasserkonzerne das lange abgelehnte «Menschenrecht auf Wasser» akzeptiert.**

Von Roman Berger, Mexiko City

Eine Videoshow zur Eröffnung des Weltwasserforums zeigte eine Frau, die in einem Seerosenteich einen Säugling über dem Wasser hielt. «Wasser ist die Quelle des Lebens», so der Kommentar. Dann verkündete der Präsident des Weltwasserrates und Organisator der Konferenz, Loïc Fauchon, den 8000 Teilnehmenden: «Das Recht auf Wasser ist eine unerlässliche Voraussetzung für die menschliche Würde.» Das Menschenrecht müsse in die Verfassungen aller Staaten aufgenommen werden.

Das Staunen von Globalisierungskritikern und Entwicklungsorganisationen war gross. Ihre wichtigste Forderung, das Recht auf Wasser, wurde just vom Weltwasserrat übernommen, einem Gremium, in dem die viel kritisierten internationalen Wasserkonzerne den Ton angeben.

Am Forum in Japan vor drei Jahren herrschte noch die Auffassung, der Zugang zu Wasser sei ein «menschliches Bedürfnis», kein Menschenrecht. Hinter diesem Disput steckt die Frage, wie die globale Wasserkrise am besten zu bewältigen ist. Wenn der Zugang zu Wasser ein Menschenrecht ist, wären Staaten verpflichtet, allen Menschen ein für das Überleben notwendiges Minimum zu garantieren. Ist der Zugang zu Wasser dagegen bloss ein menschliches Bedürfnis, würden für Wasser die gleichen Bedingungen gelten wie für jedes andere Wirtschaftsgut. Warum Wasser mehr als eine Ware ist, erklärte ein Ex-Wasser-Minister Indiens: «In der Marktwirtschaft produzieren wir immer mehr Güter. Heute bräuchten wir dringend mehr Wasser. Wir können Wasser aber nicht produzieren, sondern nur einsammeln. Wasser ist ein unersetzliches Gut.»

Keine Gewinne mitten in der Armut

Die Tücken des Wassermarktes erfuhren die Wassermultis. Zu Beginn der Neunzigerjahre witterten sie in den Ländern des Südens grosse Geschäfte, nachdem diese unter dem Druck der Weltbank die Wasserversorgung privatisiert hatten. Die gleichen Firmen mussten inzwischen erfahren, dass sie unter den Bedingungen grosser Armut nicht kostendeckend arbeiten, geschweige denn Gewinne realisieren können. Viele haben sich aus der Dritten Welt zurückgezogen.

Das Reizwort Privatisierung war in Mexiko nicht mehr zu hören. Als neues Modell fördert die Weltbank Kooperationsformen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die auch von der Schweiz propagiert werden. Die Wasserkonzerne bringen die Kompetenz, der Staat setzt die Rahmenbedingungen und kontrolliert. Kritiker sehen hier nur eine andere Form der Privatisierung. Denn wie soll der gleiche schwache Staat, dem als Begründung für die Privatisierung Korruption und Ineffizienz vorgeworfen worden ist, jetzt plötzlich in der Lage sein, transnationale Unternehmen wie Suez oder Veolia zu kontrollieren?

Als Alternative schlagen Hilfswerke Partnerschaften zwischen öffentlichen Versorgungsbetrieben des Nordens und des Südens vor. Besonders die Schweiz wäre mit ihren gut funktionierenden öffentlichen Betrieben dazu prädestiniert, meint Pepo Hofstetter von der Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke.

Das «Wassermanagement» sollte laut der Weltbank auf dem Land ansetzen. Hier

leben 80 Prozent der Menschen, die keinen Zugang zu frischem Trinkwasser haben, etwa 20 Prozent der gesamten Weltbevölkerung. Und gegen 80 Prozent des Süsswassers verbraucht die Landwirtschaft. Die neue Strategie der Weltbank heisst deshalb: «Mehr Produktion mit weniger Wasser». Wasserarme Länder des Südens sollen hochwertige Produkte wie Blumen, Gemüse oder Obst, deren Anbau wenig Wasser benötigt, exportieren und «durstige» Nahrungsmittel wie Getreide oder Zucker aus den Industrieländern mit Überschussproduktion importieren.

Über einen solchen «virtuellen Wasserhandel» könnte mehr Wasser für die Haushalte, die Industrie und die Natur frei werden, glaubt die Weltbank. Opfer, so befürchtet der deutsche Entwicklungsexperte Uwe Hoering, seien die Kleinbauern sowie die armen Länder insgesamt, die noch stärker von den reichen Ländern abhängig würden. «Auf der Strecke bleibt das Postulat des Menschenrechts auf Wasser», meint Hoering.

Die Legitimität des Weltwasserforums, heute das wichtigste Treffen zur Weltwasserproblematik, wird von Nichtregierungsorganisationen in Frage gestellt. Parallel zum Forum fand ein Ministertreffen statt, das mit einer Erklärung dem Forum ein halboffizielles Etikett umhängt. Vom Menschenrecht auf Wasser ist dort allerdings nichts zu lesen, was den Stellenwert der feierlichen Erklärung des Weltwasserrates aufzeigt.